



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54
Fax: +41 61 267 85 72
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

An die
Staatspolitische Kommission
des Nationalrats
3003 Bern

Basel, 27. Mai 2015

Regierungsratsbeschluss vom 26. Mai 2015

Vernehmlassung zur Pa.IV. SPK-NR. Angemessene Vertretung der Sprachgemeinschaften in einem Bundesrat mit neun Mitgliedern: Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. März 2015 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Pa.IV. Angemessene Vertretung der Sprachgemeinschaften in einem Bundesrat mit neun Mitgliedern (13.443) zukommen lassen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen Ihnen nachstehend unsere Anträge und Bemerkungen zukommen.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat zur Kenntnis genommen, dass mit der vorliegenden parlamentarischen Initiative die Absätze 1 und 4 von Artikel 175 der Bundesverfassung geändert werden sollen. Einerseits soll die Anzahl der Bundesratsmitglieder von heute sieben auf neun erhöht werden. Andererseits soll die Formulierung von Abs. 4 betr. Vertretung der unterschiedlichen Landesgegenden und Sprachregionen im Bundesrat so angepasst werden, dass die verschiedenen Sprachfassungen besser übereinstimmen. Ziele dieser Revision sind die Verteilung der erheblich grösser gewordenen Aufgaben der Regierung auf mehr Schultern und eine bessere Vertretung der Landesgegenden und Sprachregionen.

Der Regierungsrat ist skeptisch gegenüber den geplanten Neuerungen. Zusammen mit der Kommissionsminderheit spricht er sich daher gegen die Revision von Artikel 175 BV und insbesondere gegen die Erhöhung der Anzahl Mitglieder des Bundesrates aus. Bei der Wahl von Angehörigen unterschiedlicher Landesgegenden und Sprachregionen in den Bundesrat handelt es sich seiner Ansicht nach um eine Frage des politischen Willens, was nicht durch eine strukturelle Reform erreicht werden kann. Die Statistik zeigt, dass die sprachlichen Minderheiten – gerade auch mit Blick auf die Vertretung des Kantons Basel-Stadt – sogar überproportional zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung im Bundesrat vertreten war. Allfällige Reformbemühungen müssten darauf abzielen, die Funktion des Regierungsorgans zu stärken. Mit der vorgeschlagenen Lösung wird aber eher eine Zunahme der Departementalisierung befürchtet. Auch kann sich der Basler Regierungsrat den Ausführungen der Kommissionsminderheit betr. Zunahme der interdepartementalen Schnittstellen und dadurch entstehendem zusätzlichem Koordinationsaufwand anschliessen. Aus all diesen Gründen spricht sich der Regierungsrat gegen die Umsetzung der Pa.IV. Angemessene Vertretung der Sprachgemeinschaften in einem Bundesrat mit neun Mitgliedern (13.443) aus.

Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Ausführungen. Für Rückfragen steht Ihnen gerne die Staatskanzlei, Bereich Recht & Volksrechte, Frau Anina Weber (anina.weber@bs.ch oder Tel. 061 267 63 00) zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin